

Bewaffnete Globalisierung

Gab es eine Welt vor dem 11. September? Manche meinen wohl, dass die USA erst nach diesem Tag entschieden haben, militärisch in der Welt zu intervenieren. Es ist deshalb nützlich daran zu erinnern, dass im Verlauf der 1990er Jahre die Zahl militärischer Interventionen der amerikanischen Armee laut einer vom US-Kongress¹ in Auftrag gegebenen Studie höher war als in der Periode 1945-1990.

Dennoch kann nicht bestritten werden, dass das Programm der Bush-Regierung den Prozess bedeutend verstärkt, der seit über einem Jahrzehnt zu verzeichnen ist. Ziel ist die Konsolidierung der Stellung als einzige Supermacht, einer Hegemonie ohnegleichen in den letzten zweihundert Jahren kapitalistischer Entwicklung. Die Beschleunigung dieser Entwicklung wird schon allein an der bedeutenden Erhöhung des Militärhaushalts sichtbar, die noch unter Clinton anlief, der im Kongress für die Jahre 1999-2003 eine Erhöhung um 112 Mrd. \$ durchsetzte. Bush schwebt jetzt eine neue Größenordnung vor. Der Etat für „nationale Sicherheit“ (Verteidigung, Spionage ...) betrug letztes Jahr (beschlossen vor dem 11. September) 304 Mrd. \$, dieses Jahr 351 Mrd. und nächstes Jahr 396 Mrd. \$. Im Jahr 2007 soll er 470 Mrd. \$ erreichen. Diese Ausgaben dienen hauptsächlich der Finanzierung riesiger Rüstungsbeschaffungsprogramme und begünstigen vor allem einige grosse Konzerne (Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, General Dynamics, Northrop Grumman), die etwa die Hälfte der Pentagonaufträge bekommen. Diese Konzerne sind aus einer Konzentrationswelle entstanden, die 1993 begann und vom Finanzkapital und den Pensionsfonds, aber auch von Analysten und Investmentbankern gefördert wurde, die die Tendenz zur Restrukturierung stark beeinflusst haben und in diesem Zusammenhang beträchtliche Provisionen eingestrichen haben. Hier wie in anderen Sektoren steigt der „shareholder-value“ über die Senkung der Lohnkosten und die Steigerung des Absatzes, also über die Erhöhung der Aufträge aus dem Pentagon und über die Steigerung des Exports. Das Ergebnis: Zwischen dem 11. September 2001 und Ende August 2002 hat der S&P-Index

Nov. 2002 39/22

Stop dem US-Krieg gegen den Irak – Kein Blut für Öl

Das Basler Bündnis gegen den Irak-Krieg ruft auf:

Kundgebung am Tag nach Kriegsbeginn um 18.00 Uhr auf dem Barfüsserplatz

**7. Dezember, 15.00 Uhr Demonstration gegen den Irak-Krieg
Treffpunkt Park gegenüber Bahnhof SBB**

Geschäfte mit dem Krieg 1/2

Kurzbilanz ESF Florenz 3

Bedeutung von Florenz 3

Schweizer Sozialforum 4

Seminar Palästina/Israel 4

www.soal.ch 4

der 500 grössten Aktienwerte an der Wallstreet um 20% verloren, jener der Rüstungsindustrie hat um 10% zugelegt.

Kriegswirtschaft und Finanzmärkte

Die Globalisierung des Kapitals und die Militarisierung der Erde stehen in einem engen Zusammenhang. Im Gegensatz zum neoliberalen Geschwafel führt die Globalisierung nicht zu mehr Frieden. Die USA nehmen in beiden Prozessen eine zentrale Stellung ein. Die beschleunigte Militarisierung der USA dient mehreren Zielen. Sie sichert die Vorherrschaft des US-Imperialismus gegen potenzielle, wirkliche und eingebildete Feinde. Sie zielt darauf ab, den Vorsprung gegenüber den Alliierten auszubauen, die nicht in der Lage sind, solch teure Rüstungsvorhaben wie das Raketenabwehrprogramm (geschätzte Kosten 50 Mrd. \$) zu finanzieren oder etwa das Kampfflugzeug FX-35 (geschätzte Kosten 100 Mrd. \$). Ausserdem wird der soziale Widerstand kriminalisiert. Damit einher geht seit dem 11. September eine bedeutende Einschränkung demokratischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten, ein Signal dafür, dass die Kritiker der Globalisierung potenzielle Feinde sind und militärisch in Schach zu halten sind. Die Kriegswirtschaft entwickelt sich heute in einem ganz anderen Zusammenhang als in den Nachkriegsjahrzehnten (damals gab es ein starkes Wirtschaftswachstum und neue soziale Errungenschaften in den Industrieländern; die geopolitische Lage wurde von der Aufteilung der Welt zwischen den Blöcken beherrscht). Seit Ende der 70er Jahre hat das Finanzkapital erneut eine beherrschende Stellung eingenommen. Die Finanzmärkte sind im Kapitalismus der 80er und 90er Jahre zu zentralen Institutionen des Kapitalismus geworden. Damit gelang es dem Kapital, seine Macht zu konzentrieren und seine Position gegenüber der ArbeiterInnenklasse zu stärken und in diesem Zusammenhang der Bourgeoisie und den Rentiers eine gewaltige Bereicherung zu bescheren.

Dennoch haben weder die Erhöhung der Ausbeutungsrate noch die Öffnung der Märkte in Russland und Osteuropa dem Kapitalismus eine neue Jugend beschert. Auf Weltebene hat die Ausdehnung des Kapitals und der Eigentumsverhältnisse, auf die sie sich gründet, seit zwei Jahrzehnten keine dauerhafte und nennenswerte Steigerung der Akkumulationsrate des Kapitals bewirkt.

Die Vorherrschaft des Finanzkapitals ist sowohl eine Konsequenz wie auch ein wichtiges Element dieser Situation. Denn der Rhythmus des Finanzkapitals be-

ruht auf der Notwendigkeit, in kürzester Zeit die Gewinne auf dem Finanzmarkt einzustreichen. Gleichzeitig verstärkt seine Funktionsweise die räuberischen Aspekte des Kapitalismus. „Nach mir die Sintflut! Das ist die Devise aller Kapitalisten und jeder kapitalistischen Nation.“ Marx' Feststellung gewinnt heute eine besondere Aktualität. Man schaue nur auf die Bilanz der Privatisierungen und Liquidierungen und der Deregulierungsmassnahmen, die das Finanzkapital auf der ganzen Welt organisiert hat. Afrika, Südasien, Lateinamerika werden alle von diesen Entwicklungen gebeutelt.

Imperialismen und Krieg

Die Bezeichnung Imperialismus findet heute in radikalen und selbst in einigen marxistischen Kreisen keinen grossen Widerhall. Stattdessen wird oft vom „Empire“ gesprochen, zudem reduziert auf die USA. Der Begriff findet sich hingegen nach dem 11. September verstärkt in der Finanzpresse und wurde sogar von R. Cooper, dem aussenpolitischen Berater von Blair, „theoretisiert“. Die militärische Intervention sei erforderlich; ihr müsse in den Ländern, die in Chaos versunken sind, die Einrichtung einer Vormundschaft (Protektorat) folgen. Diese Formen des Neokolonialismus müssten von der „internationalen Gemeinschaft“ organisiert werden, also den Ländern, die die Erde beherrschen, wie auch von den internationalen Organisationen (IWF, WB, NATO), deren Programme sie dann umsetzen. Die USA haben weder die Absicht noch die Möglichkeit, das weltweite Chaos allein zu verwalten. Das Zerpflücken Argentiniens war nicht das Werk des US-Imperialismus sondern ein Gemeinschaftswerk der Finanzwelt aus USA und EU.

Die Vorbehalte der EU gegen ein einseitiges Vorgehen der USA („Unilateralismus“) rühren also nicht von einer Differenz in den grundsätzlichen Fragen der kapitalistischen Globalisierung. Sie rühren lediglich von der Angst, bei der Verwaltung der Welt ein wenig an den Rand gedrängt zu werden, und – was die kurzfristige Perspektive angeht – bei der Aufteilung der irakischen Kriegsbeute zu kurz zu kommen. Das ist der Hintergrund für die Steigerung der Rüstungshaushalte in den grossen EU-Ländern.

Claude Serfati

¹ Vor dem 11. September waren mehr als 60.000 US-Soldaten in etwa 100 Ländern aktiv (vgl. *Los Angeles Times*, 6.1.2002).

² „Market focus“, in *Aviation Week & Space Technology*, 2.9.2002.

Dieser leicht gekürzte Beitrag erschien ursprünglich in Rouge (Zeitung der LCR, der frz. Sektion der IV. Internationale) und wurde von der dt. Schwesterorganisation RSB übersetzt. Die ungekürzte Version findet sich auf unserer Website.

Was ist eigentlich Sozialismus?

Ein Diskussionsangebot von SoAL/Solidarität
Dienstag, 3., 10. und 17. Dezember, 19 Uhr
im Hinterhaus, Amberachstr. 37

Globalisierung von unten

Kurzbilanz ESF Florenz

60 000 Menschen an mehr als 200 Diskussionsveranstaltungen, Aktionen gegen amerikanische Militärbasen und gegen eine Produktionsstätte von Caterpillar, die Bulldozer für die israelische Armee liefert, eine halbe bis eine Million Menschen an der Anti-Kriegsdemonstration zum Abschluss des Europäischen Sozialforums (ESF) in Florenz – ein Riesenerfolg, der insbesondere der breiten Mobilisierung in Italien zu verdanken ist. Was hat das gigantische Treffen der GlobalisierungskritikerInnen gebracht?

Die Verbindung zwischen Globalisierungskritik und Anti-Kriegsaktionen ist geglückt. Waren nach dem 11. September die Mobilisierungen gegen den „Antiterror“-Krieg in Afghanistan noch bescheiden, so ist mit der riesigen Demonstration gegen den Irak-Krieg zum Abschluss des Sozialforums der Brückenschlag zwischen sozialen Themen und antiimperialistischer Kritik gelungen. Wir hoffen, dass diese Mobilisierungen auch ausserhalb Italiens an Breite gewinnen und die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung gegen ihre immer brutalere Unterdrückung durch Israel mit einbeziehen. Durch unsere Mitarbeit in der Bewegung wollen wir dazu beitragen, dass die in Florenz vielfach wiederholte Parole „Zwei Staaten für zwei Völker“ zugunsten einer Befreiungsperspektive überwunden wird, in der ethnische oder religiöse Trennungen nicht mehr im Vordergrund stehen.

Drei weitere Aufgaben stehen der Bewegung aus unserer Sicht noch bevor: Einerseits wäre es wichtig, dass die starke Beteiligung von jungen Frauen zukünftig auch auf den Podien der Foren ihren Ausdruck findet. Bei den feministischen Diskussionen blieben die Frauen, wie schon letztes Jahr am Weltsozialforum in Porto Alegre, weitgehend unter sich und wurden auch in den linken Medien kaum erwähnt. Andererseits stellt sich die Frage, wie nach dem Erfolg des Sozialforums in Florenz die zunehmende Breite und der Elan auch in politischen Widerstand und konkrete Aktivitäten gegen die neoliberalen Projekte vor Ort übertragen werden können. Und schliesslich bleibt die Knacknuss zu lösen, wie aus Massenveranstaltungen nach Art der Sozialforen Alternativen zur bestehenden Gesellschaftsordnung entwickelt werden können. Geeignete Räume und Arbeitsformen dafür gilt es noch zu entwickeln.

Die Bedeutung von Florenz

Seit einigen Jahren ist die internationale Lage gekennzeichnet durch eine beispiellose Offensive der Konservativen, um alle von der ArbeiterInnenbewegung erkämpften kollektiven Rechte und Errungenschaften abzubauen. Dazu kommt als logische Konsequenz eine Sicherheits- und Repressionspolitik, von der die sozial benachteiligten Schichten, die Jugend und all jene, die sich der Diktatur der Märkte widersetzen, gleicher-



massen betroffen sind. Zudem befinden wir uns neuerdings in einem Zustand des permanenten Krieges. Die Philosophie der Bush-Regierung zielt darauf ab, das Recht der USA auf Militärinterventionen zu legitimieren, wann immer diese ihre politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Interessen bedroht sehen.

Das europäische Sozialforum findet gerade zum richtigen Zeitpunkt statt und ist von enormer gesellschaftlicher Bedeutung. Es ist Teil jenes Widerstands, der fast überall in der Welt gegen die Logik der kapitalistischen Globalisierung, in der die Europäische Union an vorderster Front mitmischte, entsteht. Dieses Forum bietet Tausenden und Abertausenden von GewerkschafterInnen, politischen und anderen AktivistInnen die einzigartige Gelegenheit, ihre Erfahrungen auszutauschen und sich vor allem europaweit kollektiv auf die notwendige Gegenwehr vorzubereiten, um die zerstörerische liberale Politik aufzuhalten.

Doch die Bedeutung dieses Forums geht weit darüber hinaus. Nach Jahrzehnten eines durch die Spaltung der Welt in zwei Lager gelähmten Internationalismus ist das Sozialforum in Florenz zweifellos einer jener Momente, von denen es in einigen Jahren heissen wird, sie hätten zur Entstehung einer neuen internationalen Organisation für die Arbeitenden und die Unterdrückten beigetragen. Niemand weiss gegenwärtig, wie diese Organisation ausgebaut werden wird, doch wir alle wissen, dass sie nie so notwendig war wie heute, um einem emanzipatorischen Projekt, das eine echte Alternative zum nachweislich gescheiterten Kapitalismus darstellt, Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Léonce Aguirre

Der leicht gekürzte Kommentar von L. Aguirre ist der Sondernummer von Rouge (Zeitung der LCR, frz. Sektion der IV. Internationale) zum Sozialforum entnommen. Die ungekürzte Version findet sich auf unserer Website.

Schweizerisches Sozialforum im Entstehen

Die erste Vollversammlung des Schweizerischen Sozialforums findet am Samstag, den 14. Dezember 2002, von 10.00 bis 16.00 Uhr in Bern, im Restaurant Jardin, Militärstrasse 38, statt (ab Bahnhof mit Tram 9 Richtung Guisanplatz, bis Station Breitenrainplatz).

Der Tag ist in zwei Abschnitte aufgeteilt: Der erste Teil ist inhaltlichen Diskussionen, der zweite Informationen von Seiten der Bewegungen, der allfälligen Koordination zwischen diesen, der Vorbereitung und Erstellung eines Terminplans für die wichtigsten Mobilisierungen des kommenden Jahres gewidmet. Ebenso sind die Grundlage für den Aufbau eines richtigen Schweizerischen Sozialforums zu legen.

Nach einer kurzen Einführung über die neoliberale Politik sollen 5 Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet werden:

Immigration; Privatisierung und Kommodifizierung aller sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten; Krieg; Feminismus und Kapitalismus; Neoliberalismus und Konzentrationsprozess in den Medien.

Für die Arbeitsgruppen sind rund eineinhalb Stunden vorgesehen.

Für Übersetzung Französisch/Deutsch ist gesorgt.

Palästina/Israel: Ansätze für einen Wandel

Seminar mit Tikva Honig-Parnass (israelische Soziologin) und Hamdan Aldamiri (Europavertreter der palästinensischen Organisation PFLP)

Viele BeobachterInnen der Auseinandersetzung zwischen Israel und den PalästinenserInnen reduzieren den Konflikt auf einen Streit zwischen zwei Religionen und Nationen. Die beiden ReferentInnen sehen beide die Ursache des Konfliktes in der Errichtung eines zionistischen Staates, der eine exklusive jüdische Nation anstrebt. Die Folge ist ein Apartheidstaat, der die einheimische arabische Bevölkerung diskriminiert und 1948 wie 1967 zu Massenvertreibungen der arabisch-palästinensischen Bevölkerung führte. Tikva Honig-Parnass und Hamdan Aldamiri sind sich einig, dass

die Aufrechterhaltung der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung in und ausserhalb Israels nur mit Unterstützung der westlichen, imperialistischen Mächte möglich war und ist, die Israel als Verteidiger und Garant ihrer Interessen in dieser rohstoffreichen Region betrachten. Beide sehen als Voraussetzung zur Lösung des Konfliktes die Überwindung der zionistischen Nationalstaatsidee und der imperialistischen Dominanz in diesem Raum. Die Verwirklichung der Selbstbestimmungsrechte der PalästinenserInnen betrachten sie als ersten Schritt zur Verwirklichung eines gemeinsamen Landes, in dem alle Menschen unabhängig von ihrer Nationalität und Religion gleichberechtigt zusammenleben können.

Freitag, 29.11.02 um 19.30 Uhr

Samstag, 30.11 um 9.30-16.00 Uhr

im BildungsZentrum 21 (Missionsstrasse 21)

Das Seminar findet in der politischen Seminarreihe „Frieden den Menschen auf Erden“ statt.

Thematischer Filmabend im neuen Kino (Klybeckstrasse 247):

Donnerstag, 28.11.02 um 21.00 „Life according to Agfa“ von Assi Dayan (Israel 1992)

Neu auf

www.soal.ch

Welche Organisation heute für den Sozialismus in Europa und der Schweiz?

Vorbereitungstexte für das 3. Sozialistische Forum vom 24./25. November. Das Seminar wurde gemeinsam mit SolidaritéS Genf und Neuenburg sowie dem Kollektiv für eine sozialistische Allianz Lausanne organisiert. Es referierten Murry Smith von der Scottish Socialist Party und Léonce Aguirre von der französischen Ligue communiste révolutionnaire.

Nein zum Krieg

Verschiedene Hintergrundartikel (u.a. auch der ausführliche Text von C. Serfati über die bewaffnete Globalisierung)

Stop Besatzung und Vertreibung

Aktuelles über die Boykottkampagne der Schweizerischen Palästina-Komitees, Interview mit Uri Davis über den Apartheidstaat Israel.

Sozialismus von unten

Text von Hal Draper

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSEKORRESPONDENZ

Erscheint jeden zweiten Monat, mit Berichten über internationale Kämpfe.

Jahresabo 50.- Fr. /Doppelnr. 8.-

Bestellung bei SoAL/Solidarität

Herausgeberin:

SoAL/Solidarität, Postfach 4070,
4002 Basel

Stop: Einzahlungsscheine gehören nicht ins Altpapier!!

**Danke für die Spende auf das Konto
PC 40-11638-2**